

75 Jahre Grundgesetz – Werte unserer freiheitlich- demokratischen Grundordnung

Seite 2 <

Alexander Zimbehl
zum Thema
75 Jahre
Grundgesetz

Seite 5 <

Das neue
Kitagesetz

Seite 3 <

Mai-Empfang
in Oldenburg

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

am 23. Mai dieses Jahres feiern wir ein besonderes Datum:
das 75-jährige Jubiläum unseres Grundgesetzes.

Dieses besondere Ereignis, als Würdigung unserer staatsgebenden Verfassung, erfährt in unserer aktuellen politischen Debatte eine besondere Betrachtung. Gerade in einer Zeit, in der wir uns um den Fortbestand und die Zukunft unserer Demokratie und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zumindest sorgen müssen, in einer Zeit, in der einzelne politische Kräfte in diesem Land offensichtlich ein Interesse daran haben, demokratische Errungenschaften mit ihren eigenen Zielen negativ zu beeinflussen und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterwandern, ist es aus unserer Sicht umso wichtiger, auch als gewerkschaftlicher Spitzenverband auf die Bedeutung des 23. Mai 1949 hinzuweisen.

Die Grundlagen reichen weit zurück

Den Frauen und Männern des Parlamentarischen Rates, die unser Grundgesetz erarbeitet und unterschrieben haben, ist es schon damals gelungen, geleitet von den Eindrücken zweier zerstörerischer Weltkriege und den unfassbaren Folgen für Deutschland und Europa, durch weise Entscheidungen und gemeinsames politisches Abwägen die Grundlagen für unsere demokratische Staatsform zu legen. Dieses Fundament, welches über Jahrzehnte weiterentwickelt wurde und sich in der übereinstimmenden Rückschau im Ergebnis mehr als nur bewährt hat, beschreibt die Strategie, mit der wir alle gemeinsam und in Frieden und Wohlstand leben.

Unsere Rechte müssen gewahrt werden

Auch und insbesondere durch unsere gesetzgeberische Verfassung und die Grundwerte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist es gelungen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und in unserem Land Frieden und Demokratie zu gewährleisten. Zahlreiche der auf Basis unseres Grundgesetzes entwickelten Freiheitsrechte, so beispielsweise die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit, sind in vielen anderen Ländern dieser Welt nicht unbedingt selbstverständlich oder zu Teilen überhaupt nicht vorhanden. Sie zu bewahren und zu schützen, ist schon allein daher unser gemeinsamer gesellschaftspolitischer Auftrag.

Werte unserer Verfassung in Gefahr

Leider müssen wir heute zunehmend feststellen, dass die Werte unserer Verfassung nicht nur vereinzelt parteipolitischen Angriffen

ausgesetzt sind, sondern dass der gesellschaftliche Respekt vor den Grundwerten unserer Verfassung, ebenfalls in Teilen der Bevölkerung, sich zunehmend zumindest in einem Prozess der Negativeinstellung befindet. In einer gesellschaftspolitisch angespannten Zeit wird zunehmend deutlich, dass Grundwerte wie die Menschenwürde, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, aber auch die Meinungsfreiheit auch als Freiheitswerte unserer Verfassung im Fokus stehen. Dabei können wir zumindest aktuell festhalten, dass weite Teile der Bevölkerung unsere Verfassungswerte nach wie vor teilen. So halten laut einer aktuellen ARD-Studie weiterhin 77 Prozent der Deutschen das Grundgesetz für eine gute oder sogar sehr gute Verfassung.

Den jüngeren Generationen fehlt das Vertrauen

Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass gerade zunehmend jüngere Menschen den Werten unserer Verfassung nicht immer so vertrauen, wie es in diesen demokratisch angespannten Zeiten erforderlich wäre. So hat beispielsweise eine aktuelle Studie „Jugend in Deutschland 2024“ jüngst ergeben, dass in weiten Teilen Deutschlands über 20 Prozent der jungen Menschen populistische und vor allem rechte und rechtsextreme Parteien wählen würden.

Doch wie kann man Wut, Ärger aber auch Politikverdrossenheit im Idealfall entgegenstehen? Die Antwort ist eigentlich relativ plausibel: durch Bildung!

Dabei müssen wir konkret auch in Niedersachsen über die Frage diskutieren, ob politische Bildung im Allgemeinen oder aber auch die Bedeutung unserer Verfassung im Besonderen tatsächlich in unserer Bildungslandschaft einen ausreichenden und umfassenden Rahmen einnimmt. So wird beispielsweise in der Oberschule ohne gymnasiales Angebot Politik erst ab Klasse sieben, in Oberschulen mit gymnasialem Angebot ab Klasse acht unterrichtet.

Ich halte es, insbesondere vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Entwicklungen in diesem Land, für dringend erforderlich, die Frage aufzuwerfen, ob dieser Einstieg nicht deutlich zu spät



Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

ist und unser Bildungssystem nicht bereits wesentlich früher unseren Kindern und Jugendlichen unabhängig von fragwürdigen Inhalten der sozialen Medienlandschaft die Möglichkeit geben sollte, sich differenziert mit den Werten unserer Verfassung, unserem Staatsaufbau und unseren demokratietragenden Institutionen auseinanderzusetzen. Insbesondere angesichts der derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und des daraus entstehenden Diskurses dürfte es unabdingbar wichtig sein, dass Kinder und Jugendliche nicht nur Geschichte verstehen, nicht nur verstehen, welche politischen Parteien in Deutschland existieren, sondern ihnen gleichzeitig Hilfestellung gegeben wird, was tatsächliche politische Teilhabe und Inhalte unseres Grundgesetzes bedeuten.

Die Beteiligung der Jugend ist unabdingbar

Im Ergebnis wünscht sich der weit überwiegende Teil unserer Bevölkerung nicht nur den uneingeschränkten Fortbestand unserer Demokratie, sondern gleichzeitig auch die Bewahrung und den Schutz der in unserem Grundgesetz manifestierten Grundrechte. Hierfür bedarf es offensichtlich auch einer frühzeitigen Beteiligung junger Menschen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass beispielsweise das Wahlalter in Deutschland für die Wahlen zum Europaparlament im Juni mittlerweile auf 16 Jahre herabgesenkt wurde, anders im Übrigen als in vielen anderen europäischen Mitgliedstaaten. Mit dieser Entscheidung hat man auch dem Umstand Rechnung getragen, dass wesentliche politische Zielrichtungen der Zukunft maßgeblich auch die jüngere Generation betreffen, seien es klimapolitische Fragen, Fragen der Völkerverständigung in Zeiten unmittelbarer kriegerischer Auseinandersetzungen oder auch Fragen eines steigenden Generationenkonflikts.

Herabsetzung des Wahlalters auch auf Bundes- und Landesebene?

Gleichzeitig dürfen wir aber die politische Willensbildung gerade in der jungen Generation keinesfalls ausschließlich den sozialen Medien überlassen, sondern sollten hier auch bildungspolitisch aufklären und die junge Generation ideologiefrei unterstützen. Diese Diskussion müssen wir jetzt auch in Niedersachsen, im Hinblick auf Überlegungen zur Absenkung des Wahlalters, auch für Bundestags- und Landtagswahlen dringend führen.

Aktuelle Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität in Niedersachsen

Innenministerin Behrens hat vor wenigen Tagen die aktuellen Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität in Niedersachsen veröffentlicht. Zwar sind diese Zahlen, im Vergleich zum Vorjahr, leicht rückläufig – befinden sich aber weiterhin auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Weiterhin geben diese Zahlen Anlass zur Sorge, insbesondere bezüglich des deutlichen Anstiegs im rechtsextremen und im antisemitischen Bereich. Dem damit verbundenen Aufruf unserer Innenministerin, den Demokratiefeinden in unserer Gesellschaft die Stirn zu bieten und auch im privaten Bereich deutlich zu widersprechen, wenn unser Rechtsstaat, aber auch jene, die sich für unser Gemeinwohl einsetzen, pauschal verächtlich gemacht, herabgewürdigt oder beschimpft werden, können wir uns alle nur anschließen. Als Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben wir dabei eine besondere Verantwortung, der wir allenthalben gerecht werden. Hier spielen tatsächlich Bildung, Aufklärung und stetes rechtsstaatliches Handeln eben eine ganz besondere Rolle. **Dafür steht der öffentliche Dienst.**

Aufstehen gegen politische Extremisten!

Durch eine tatsächliche Sensibilisierung für unsere demokratischen Werte, eben jene, die bereits die Mitglieder des Parlamentarischen Rates 1949 im engen Fokus hatten, und das daraus resultierende Einstehen für unsere demokratischen Grundwerte, können wir als Gesellschaft einen tatsächlichen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie leisten. Das Aufstehen gegen politische Extremisten, ob gegen links oder gegen rechts, genauso das Einstehen für unsere demokratischen Grundwerte, bedeuten einen wahren Beitrag zur Demokratie und dieser kann nicht früh genug mit der jüngeren und jüngsten Generation thematisiert werden.

Ihr/euer



Alexander Zimbehl

Empfang zum Tag der Arbeit in Oldenburg

Es ist mittlerweile eine besondere Tradition im Kalender der Stadt Oldenburg, alljährlich wenige Tage vor dem 1. Mai eigene Beschäftigte, Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften sowie Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes zum alljährlichen Mai-Empfang der Stadt Oldenburg zu laden.

Auch in diesem Jahr erfolgte dieser Mai-Empfang würdevoll im Großen Sitzungssaal des alten Rathauses der Stadt Oldenburg und wurde durch die Bürgermeisterin Christine Wolf, in Vertretung des Oberbürgermeisters Krogmann, eröffnet.



Alexander Zimbehl, Christine Wolf und Christian Altkirch (von links)

Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifrunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61888, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Lia Napierski. **Redaktionsschluss:** 15.05.2024
Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.
Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © Getty Images

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 28**, gültig ab 1.1.2024.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Dabei ging Frau Wolf im Schwerpunkt auf die Bedeutung der Gewerkschaften und Berufsvertretungen ein und würdigte deren Arbeit zugunsten der Beschäftigten.

■ **Alexander Zimbehl zu den aktuellen Themen**

Für den Niedersächsischen Beamtenbund und Tarifunion (NBB) sprach in diesem Jahr erneut der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl zu den zahlreich erschienenen Gästen. Wesentlicher Kernaspekt seiner betont kurzweiligen und pointierten Darstellung mit Blick auf die politische Lage und die aktuelle Situation, insbesondere des öffentlichen Dienstes, war zunächst der Zustand der Demokratie in Deutschland. Dabei warnte Alexander Zimbehl vor einem weiteren Abgleiten in Richtung populistischer und teilweise auch extremer Ränder links und rechts der politischen Mitte. Außerdem ging er auf die zunehmende Unzufriedenheit vieler Bürgerinnen und Bürger mit bürokratischen Abläufen, gleichzeitig aber auch auf die weiterhin unzulängliche Digitalisierung in vielen Verwaltungsbereichen ein.



➤ 1. Landesvorsitzender des NBB, Alexander Zimbehl

■ **Die Tarifverhandlungen sind immer noch ein besonderer Schwerpunkt**

Einen besonderen Schwerpunkt legte Zimbehl auf die vergangenen sowie auch auf die erneut anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und zog dabei einen Quervergleich insbesondere zu den Tarifaus-

einandersetzungen mit der Deutschen Bahn AG im Frühjahr dieses Jahres.

„Bund, Land und Kommunen müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass wir uns mitten im Fachkräftemangel befinden, dass der demografische Wandel bereits jetzt voll durchgeschlagen hat“, so Zimbehl.

„Mit den Angeboten, die wir unseren Beschäftigten perspektivisch machen, wird es nicht gelingen, die immer weiter zunehmende Arbeitsbelastung in den Griff zu bekommen und gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land der Dienstleister an ihrer Seite zu sein, den sie mit Recht von uns erwarten!“, stellte Zimbehl in seinem Grußwort gegenüber den zahlreichen Gästen in Oldenburg klar.

■ **Ein Dank an diese gelungene Veranstaltung**

Im Anschluss an die gelungene Veranstaltung blieb noch Zeit und Gelegenheit für einen intensiven Austausch mit den anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Alexander Zimbehl lobte gegenüber der Bürgermeisterin der Stadt Oldenburg die langjährig gepflegte Tradition dieser Veranstaltung, welche aus seiner Sicht ein deutliches und positives Signal in Richtung der Beschäftigten setzt und im Vergleich zu anderen niedersächsischen Kommunen keine Selbstverständlichkeit darstellt.



➤ Bürgermeisterin der Stadt Oldenburg, Christine Wolf

Niedersächsisches Kinderbetreuungsgesetz

Abschaffung von Niederschlagungsstandards in Kindertagesstätten

Der NBB sieht die geplante Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKiTaG) als kritisch und fordert stattdessen in Kooperation mit der komba gewerkschaft die grundlegende Einführung einer ab dem ersten Tag bezahlten, dreijährigen Ausbildung zum/ zur Erzieher/in.

Die aktuelle Erzieherinnen- und Erzieherlücke von rund 12.000 Personen in Niedersachsen hat schwerwiegende Auswirkungen auf das Bildungssystem und die Familien. Die Kinder können nicht gemäß dem Bildungsauftrag betreut werden, Träger sind gezwungen, die Öffnungszeiten zu kürzen, um den Personalmangel zu kompensieren, Eltern werden keine zuverlässigen Betreuungsmöglichkeiten geboten und die Arbeitsbelastung der Beschäftigten erreicht dramatische Ausmaße.

werkschaften auf diese Missstände hat die Landesregierung keine effektiven Gegenmaßnahmen ergriffen. Stattdessen plant das Land Niedersachsen eine Änderung des NKiTaG zum 1. August 2024 und beabsichtigt, die Betreuungsstandards zu lockern. Im Kern geht es darum, dass auch Assistenzkräften Gruppenleitungen übertragen werden dürfen. Für Randzeiten soll gelten, dass zukünftig zwei Assistenzkräfte eingesetzt werden dürfen. Bisher ist hier eine examinierte Kraft verpflichtend.

■ **Bisher keine effektiven Maßnahmen**

Trotz der jahrelangen Hinweise des NBB und seiner Mitgliedsge-

■ **NBB sieht Neuerung als langfristig problematisch**

Innerhalb des NBB erkennen wir, dass diese Maßnahmen kurzfris-

tig zur Linderung des Personal mangels beitragen können. Jedoch sehen wir diese als kritisch, solange nicht sichergestellt ist, dass die Assistenzkräfte bei Übertragung entsprechender Aufgaben auch angemessen bezahlt werden wie ihre examinierten Kolleg/innen.

Darüber hinaus wird das Absenken von Standards das Berufsbild der Erzieherin/des Erziehers keinesfalls attraktiver für potenzielle Nachwuchskräfte machen. Langfristig würde man den Personal mangel also nur erhöhen.

■ **Es bedarf einer grundlegenden Überarbeitung**

Als NBB fordern wir daher nachdrücklich die Landesregierung auf, endlich eine umfassende und nachhaltige Strategie zur Bekämpfung des Personal mangels in den niedersächsischen Kindertagesstätten zu entwickeln. Es bedarf einer grundlegenden Überarbeitung der Ausbildungs- und Beschäftigungsbedingungen, um den Beruf der Erzieherin/des Erziehers

wieder attraktiver zu gestalten. Ein wesentlicher Bestandteil kann nur eine obligatorische, dreijährige und ab dem ersten Tag bezahlte Ausbildung sein. Nur so wird man im Wettbewerb mit anderen Ausbildungsberufen bei jungen Menschen eine Chance haben und die langfristige Qualität der Betreuung in den Kindertagesstätten sicherstellen können.

■ **Aktuelles Verfahren**

Zusätzlich sei darauf hingewiesen, dass der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl bereits zu der entsprechenden Anhörung geladen ist und an dieser Veranstaltung selbstverständlich teilnimmt, um sich für die Interessen des NBB und seiner Mitgliedsgewerkschaften einzusetzen. Diese Anhörung bietet eine wichtige Plattform, um unsere Anliegen deutlich zu machen und auf die dringende Notwendigkeit einer nachhaltigen Lösung für den Personal mangel in den niedersächsischen Kindertagesstätten hinzuweisen.

Aktuelles aus unseren Mitgliedsgewerkschaften

■ **DJG**

Neuordnungsverfahren der Ausbildungsordnung für Justizfachangestellte: DJG stellt drei Sachverständige am Bundesinstitut für Berufsbildung

DJG Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, jede Ausbildungsordnung enthält einen Ausbildungsrahmenplan. Er beschreibt die Ausbildungsinhalte und listet alle Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten auf, welche

Auszubildende während ihrer Ausbildung erwerben sollen.

Nach einer Voruntersuchung und den Sozialpartnergesprächen im Herbst 2023 wurde das Neuordnungsverfahren für die Ausbildungsverordnung für die Justizfachangestellten vom Bundesgesetzgeber beschlossen. Unser Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion hat die DJG als zuständige Fachgewerkschaft von Anfang an beteiligt und die Benennung der Sachverständigen in unsere Hand gelegt:

Mit drei Sachverständigen sind wir bei dem Neuordnungsverfahren der Ausbildung beteiligt. Als ordentliches Mitglied wurde unsere Kollegin Manuela Schwarz, Mitglied des Landesvorstandes der DJG Hessen und Ausbilderin beim Amtsgericht Gießen, ernannt.

Als Stellvertreterinnen (mit Stimmrecht) nehmen darüber hinaus unsere Kolleginnen Natascha Gellenbeck, Ausbilderin beim Amtsgericht Düsseldorf vom Landesverband NRW, und

Karen Altmann, Mitglied der Bundesleitung und Vorsitzende der Bundestarifkommission der DJG, teil.

Mit unseren zwei Ausbilderinnen bringen wir von der DJG großen Sachverstand ein, wenn es um die inhaltliche Ausrichtung der Ausbildung für die Zukunft geht. Die erste Sitzung hat nun in Bonn stattgefunden, weitere werden zeitnah terminiert. Aus Sicht der DJG ist es unbedingt notwendig, eine neue Ausbildungsordnung mit Blick auf die

voranschreitende Digitalisierung zu initiieren. Der Start der elektronischen Akte im Jahre 2026 ist nicht mehr fern und macht eine zukunftsweisende Ausbildungsordnung unabdingbar.

Über die weitere Entwicklung werden wir Sie zu gegebener Zeit informieren.

*Karen Altmann,
stellvertretende Bundesvorsitzende (Tarif)
Quelle: DJG*

■ GeNi

Duales Pflegestudium – quo vadis, Pflege?

 Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Mitglieder, die erste Verhandlungsrunde für einen neuen Tarifvertrag zum dualen Pflegestudium zwischen dem dbb, der für seine Mitgliedsgewerkschaft Gewerkschaft für das Gesundheitswesen (GeNi) verhandelt, und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) startete am 12. April 2024 in Berlin.

Der Praxis gerecht werden

Die VKA legte einen ersten Entwurf zum Tarifvertrag vor. Dieser Entwurf war inhaltsgleich mit dem Tarifvertrag für Studierende in einem dualen Hebammenstudium im öffentlichen Dienst. Der dbb stellte klar, dass die Ausgangs- und Problemlage beim Hebammenstudium eine andere war. Aus diesem Grund müssen Regelungen her, die dem dualen Pflegestudium gerecht werden. Die Positionen sind so weit ausgetauscht. Für den dbb steht nach dieser Runde fest, dass dieser sich mit einem vorgefertigten Tarifvertrag ohne intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit Für und Wider aller Positionen nicht abfertigen lassen wird!

Ausblick

Nun gilt es, sich für die nächste Runde zu wappnen und in die Diskussion einzusteigen. Der nächste Termin ist für den 4. Juni 2024 in Berlin geplant.

Hintergrund

Ein duales Pflegestudium ist für all diejenigen interessant, die sich zur examinierten Pflegefachkraft ausbilden lassen, aber gleichzeitig weitere Kompetenzen für andere verantwortungsvolle Aufgaben erwerben möchten. Duale Pflegestudiengänge sind immer mit einer Berufsausbildung verknüpft.

Quelle: GeNi

■ VNL

Verband Niedersächsischer Lehrkräfte zur Panne beim schriftlichen Politik-Wirtschaft-Abitur: Digitalisierung in Niedersachsen noch immer hakeilig; enorme Belastung der Schulen nicht nur zu Prüfungszeiten

 Zur Panne beim schriftlichen Politik-Wirtschaft-Abitur und deren Aufarbeitung erklärt Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte VNL:

„Die Vorgänge um das schriftliche Politik-Wirtschaft-Abitur sind für alle Beteiligten ärgerlich und belastend, waren aber in dieser Form nicht vorhersehbar. Es ist müßig und wenig zielführend, nach Schuldigen zu suchen, ausgenommen natürlich nach den Verursachern dieser Situation. Der Vorfall macht aber zwei Dinge besonders deutlich: Bei der Digitalisierung der Schulen in Niedersachsen hakt es weiterhin, es läuft noch immer nicht überall rund. Das ist nicht nur ein landesweites, sondern auch ein bundesweites Problem. Schlimm, dass dadurch alle an Schule Beteiligten zu leiden haben – insbesondere zu Prüfungszeiten.“

Zum anderen zeigt es aber auch, dass insbesondere die Lehrkräfte, aber auch das Assistenz- und Unterstützungspersonal unter einer enormen Belastung stehen, nicht nur zu Prüfungszeiten. Es herrscht an allen Schulen in


Niedersachsen nicht nur Lehrkräftemangel, auch das Unterstützungspersonal ist an unseren Schulen zu knapp bemessen oder fehlt gänzlich. So kann es schnell zu Situationen kommen, wie sie sich im zurückliegenden Fall des Politik-Wirtschaft-Abiturs gezeigt haben. Es sollte bei der Aufarbeitung nicht unnötig Zeit darauf verwendet werden, Schuldige zu suchen. Wo Menschen ad hoc unter Zeitdruck handeln müssen, kann es auch mal zu weniger glücklichen Abläufen kommen.

Wir wünschen sowohl den Abiturientinnen und Abiturienten als auch den Lehrkräften für den weiteren Prüfungsverlauf alles Gute und hoffentlich keine weiteren unliebsamen Zwischenfälle. Selbiges erhoffen wir natürlich auch für die bevorstehenden Abschlussprüfungen der Abschlussklassen der Sekundarstufe I, die am 2. Mai 2024 beginnen werden.“

Quelle: VNL

■ DPVKOM

Auch bei der vierten Tarifrunde für die Beschäftigten von Postbank/PB Filialvertrieb/PCC Services GmbH/BCB am 16. April in Frankfurt/Main hat es keine Einigung gegeben.

 Nach den Verhandlungen mit der Deutschen Bank hat die Tarifgemeinschaft DBV/komba/DPVKOM die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt! Ab Anfang Mai droht nun ein unbefristeter Streik. Zwar besserte der Arbeitgeber nach vorangegangenen Warnstreiks, an denen sich auch DPVKOM-Mitglieder beteiligten, sein Angebot nach. Die neue Offerte blieb jedoch deutlich unter den Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen sowie der Tarifgemeinschaft.

Das neue Angebot sieht unter anderem Folgendes vor:
 > eine erste Gehaltserhöhung weiterhin von 6,4 Prozent zum

1. Juni 2024, mindestens 250 Euro,

> eine leicht erhöhte zweite Gehaltserhöhung von 3,6 Prozent (bisher 2,0 Prozent) zum 1. Juli 2025,

> eine Laufzeit bis zum 30. April 2026.

Bei anderen Themen gab es die Bereitschaft,

> den Kündigungsschutz bis 30. Juni 2027 zu verlängern,

> eine einfache, verständliche und faire Möglichkeit zum Tausch von Teilen der Gehaltserhöhung gegen zusätzliche Urlaubstage sowie

> eine betriebliche Altersversorgung über den BVV für Unversorgte zu vereinbaren.


Finanziell ist das Angebot nicht ausreichend. Vor diesem Hintergrund hat der für die Tarifgemeinschaft DBV/komba/DPVKOM federführend verhandelnde DBV die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Der DBV wird nun seine Mitglieder in den nächsten Tagen zur Urabstimmung über unbefristete Erzwingungsstreiks aufrufen. Diese Urabstimmung wird bis zum 3. Mai 2024 andauern.

Um dem Arbeitgeber Gelegenheit zu geben, während der Urabstimmung seine Verweigerungshaltung noch einmal zu überdenken, haben die Gewerkschaften zugesagt, während der Urabstimmung auf weitere Streiks zu verzichten. Niemand sollte jedoch an der Entschlossenheit der Beschäftigten zweifeln, nach dem 3. Mai auch mit notfalls harten Erzwingungsstreiks für Einsehen zu sorgen. Eine Einigung ist bis dahin weiterhin möglich – dafür muss sich aber der Arbeitgeber bewegen!

Quelle: DPVKOM

■ DPoIG

Nach erneuter Eskalation beim Niedersachsen-Derby sind die Vereine in der Bringschuld! Der Sport gehört allen und nicht denen, die am lautesten schreien!

 Die DPoIG fordert daher erneut personalisierte Eintrittskarten, qualifiziertes Sicherheitspersonal und gestaffelte Zugänge über Drehkreuze zu den Blöcken. Gleichzeitig muss es eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber denjenigen geben, die randalieren, sowie Polizei und Dritte – vor und im Stadion und auf dem Weg dorthin!

Kaum eine Woche ohne neuerliche Eskalationen rund um Fußballspiele – was Ausnahme sein sollte, ist mittlerweile der Regelfall. Schon beim Hinspiel in Hannover hatte es massiven Bewurf und Attacken gegen Polizeikräfte gegeben. Ursächlich waren seinerzeit marodierende Fangruppen, die der Meinung sind, das Stadion sei ein rechtsfreier Raum und man könne sich daher ausgiebig danebenbenahmen.

Nun traf sich Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens abermals mit den Vereinen und beriet über Strategien, um diesen Problemen Herr zu werden. Die Vereine selbst bekundeten, dass sie sich proaktiv an Maßnahmen und Strategien beteiligen wollen. Die Ministerin bat die Vereine zudem darum, im kommenden Jahr auf die Auswärtsfans des Konkurrenten zu verzichten. Doch was bedeutet das konkret?

„Die Ministerin ist bemüht, gemeinsame Lösungen mit den

Vereinen zu finden – das begrüßen wir ausdrücklich“, so der DPoIG-Landesvorsitzende Patrick Seegers. „Dass alle Beteiligten sich bemühen, reicht aber nicht aus. Es fehlt das klare Bekenntnis, massiv und entschieden gegen die Randalierer vorzugehen. Lippenbekenntnisse kennen wir seit Jahren, das reicht nicht“, so Seegers weiter.

Auch in der Vergangenheit waren Konzepte diskutiert und unter anderem die Verbesserung der Einlasskontrollen zugesagt worden. Dennoch gelangt immer wieder Pyrotechnik ins Stadion, so wurden unter anderem in einem Zaunpfahl Bengalos vorab deponiert. Seegers dazu: „Hier fehlt eindeutig der Kontrolldruck und die nötige Konsequenz. Für die Sicherheit im Stadion sind in allererster Linie die Vereine zuständig, nicht die Polizei. Wenn die Vereine und lasche Sicherheitsdienste das nicht hinbekommen, dann kommen wir ins Spiel! Solche Einsätze kosten immense Summen, die der Steuerzahler zu tragen hat, und binden eine Vielzahl an Polizeikräften bei einer angespannten Personallage.“

Das persönliche Fazit von Seegers: „Ich spiele selbst Fußball, schaue im Stadion und verstehe die Emotionen. Ich kann ebenso nachvollziehen, dass es Rivalität geben kann und es Gruppen gibt, die Stimmung in deutsche Stadien bringen. Dennoch bedeutet das nicht, dass auch nur irgendein Zuschauer wichtiger

ist oder mehr Rechte hat als ein anderer. Es bedeutet auch nicht, dass Stadien rechtsfreie Räume sind und man tun und lassen kann, was man will.“

Wären Fußballspiele so friedlich wie Handballspiele, bräuchte es auch keine Polizei im Stadion und deutlich weniger drumherum. So sind bundesweit wöchentlich Tausende Polizistinnen und Polizisten im Einsatz, um die Sicherheit rund um die Spiele zu garantieren. Die Kosten sind immens. Für die DPoIG ist dabei klar, dass unverhältnismäßig hohe Kosten auch da getragen werden müssen, wo man sie zu verantworten hat, nämlich bei DFL und den Vereinen – das Bundesland Bremen praktiziert diese Kostenaufgabe bereits.

Aktuell befasst sich mit der Rechtmäßigkeit der Auflage das BVerfG, nachdem das bremische Verwaltungsgericht zugunsten der Hansestadt Bremen entschieden und die Rechtmäßigkeit festgestellt hatte. Der Landesvorsitzende stellt klar: „Diesen Weg muss Niedersachsen genauso beschreiten, da wünsche ich mir deutlich mehr Härte seitens der Ministerin. Wer die Musik bekommt das große Orchester aktuell für lau.“

*Patrick Seegers,
1. Landesvorsitzender
DPoIG Niedersachsen
Quelle: DPoIG-Pressemitteilung*

■ VBE

VBE-Landesvorsitzender Franz-Josef Meyer zur Umsetzung von A 14 für Schulleitungen: „A 14 für Schulleitungen kleiner Schulen kommt mit Verzögerung!“ – Massiver Protest wegen Schlechterstellung zeigt Wirkung – VBE begrüßt Einlenken

 „Nun also doch. Nachdem das Kultusministerium lange gemauert und eine Anhebung der Besoldung auf A 14 für Schulleitungen kleiner Schulen abgelehnt hat, nun die Kehrtwende. Ab dem Schuljahr 2025/26 soll auch ihre Besoldung angehoben werden. Ein längst überfälliger Schritt, mit dem versucht wird, weiteren Imageschaden zu vermeiden“, so Meyer in der Kommentierung der Ankündigung durch das Kultusministerium.

Bisher war vorgesehen, im Zuge der Besoldungserhöhung den Leitungen sogenannter „kleiner“ Schulen mit 80 und weniger Schülerinnen und Schülern nur eine Amtszulage von A 13+Z zu bewilligen. Diese offensichtliche Benachteiligung war für den VBE von Anfang an völlig inakzeptabel. Immerhin betrifft es laut Kultusministerium in Niedersachsen 315 Schulen, überwiegend Grundschulen. Der VBE fordert schon seit Jahren eine Mindestbesoldung von A 14 für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie eine Stellvertretung, egal wie klein die Schu-



© Getty Images/istockphoto



len sind. Leitungen kleiner Schulen sind oft Einzelkämpfer, da sie auch keinen Konrektor oder Konrektorin haben.

Meyer weiter: „Der massive Protest der Schulleitungen kleiner Schulen hat Wirkung gezeigt. Viele Schulleiterinnen und Schulleiter dieser Schulen hatten bereits angekündigt, sich notfalls entpflichten zu lassen. Schulen wären dann ohne Schulleitung gewesen – neue Direktoren kaum zu finden. Ein Ausbluten dieser Schulen wäre damit vorprogrammiert.“

Kultusministerin Julia Willie Hamburg nennt diesen Beschluss nun eine „Frage der Wertschätzung und Gerechtigkeit“ und begründet dies mit den gestiegenen Anforderungen und der Aufgabenvielfalt an das Leitungsamt auch kleiner Schulen. Es geht aber wohl hauptsächlich um die Sorge vor „führerlosen“ kleinen Schulen.

Meyer abschließend: „Niedersachsen hinkt mit dieser Entscheidung mal wieder hinterher und gefährdet durch die unnötige Verzögerung der Besoldungserhöhung die Standorte

kleiner Schulen. Warnungen gab es genug – auch vom VBE. Immerhin ist das Kultusministerium nun mit der Kehrwende um Schadensbegrenzung bemüht. Der Beschluss kommt spät, hoffentlich nicht zu spät für die kleinen Schulen.“

Quelle: VBE-Pressemitteilung

■ GdS

Gewerkschaftstag 2024 – WIR für eine starke Sozialversicherung mit ZUKUNFT

GdS Mit dem Signal für eine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme ist der 10. Gewerkschaftstag der GdS am 24. April 2024 in Magdeburg zu Ende gegangen. „Die Sozialversicherung ist der Stabilitätsanker für eine gerechte und solidarische Gesellschaft“, bekräftigte der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner, der am Vortag mit deutlicher Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden war. „Wer dies ignoriert und die Sozialkassen durch unzureichende Finanzierung und mangelhafte Personalausstattung ausbluten lässt, verkennt ihre immens

wichtige Rolle für die Demokratie und den sozialen Frieden in Deutschland.“ Bei der Beitragsbelastung der Versicherten sei längst das Ende der Fahnenstange erreicht. „Es kann nicht sein, dass die Politik fortlaufende Kostensteigerungen oder beispielsweise auch die Investitionskosten für die weitere Digitalisierung der Sozialversicherung zunehmend auf die Beschäftigten abwälzt“, so Wagner.

In der öffentlichen Veranstaltung am 23. April hatte die Vorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Carola Reimann, kritisiert, dass die Ampelkoalition schon länger den Weg zu sinnvollen strukturellen Reformen verlassen habe und stattdessen versuche, mit finanziellem Stückwerk über die Runden zu kommen.

Der Direktor der Deutschen Rentenversicherung Bund, Dr. Stephan Fasshauer, forderte von der Politik mehr Verlässlichkeit in Etatfragen. Kurzfristige Eingriffe in die Finanzreserven der Sozialversicherungsträger hätten einen Vertrauensverlust der Bevölkerung in den Sozialstaat

zur Folge. Für die Dachorganisation der GdS, dem dbb beamtenbund und tarifunion, monierte dessen Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach ebenfalls die mangelnde Reformfähigkeit der Bundesregierung. An die wirklich großen Räder habe sich die Politik noch nicht herangetraut oder sie würden – wie bei der Krankenhausreform – durch ungeschicktes Taktieren zerredet.

Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels komme es auch in der Sozialversicherung auf attraktive Arbeitsbedingungen mit einer auskömmlichen Bezahlung an, richtete Wagner den Blick auf die Beschäftigten bei den Sozialversicherungsträgern. Hier stehe die GdS mit ihrem starken „Wir“ fest an der Seite ihrer Mitglieder. So wird sich die GdS auf Basis der in Magdeburg verabschiedeten Leittritte weiter dafür einsetzen, dass Digitalisierung und künstliche Intelligenz zur Entlastung und nicht zum Ersatz der Menschen, der Beschäftigten, der GdS-Mitglieder zum Einsatz kommt.

Quelle: GdS

